

Zürich und Fällanden, 24. November 1997

KR-Nr. 400/1997

POSTULAT von Peter Stirnemann (SP, Zürich), Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich) und Dorothee Jaun (SP, Fällanden)

betreffend Abbau der überproportionalen Belastung der Stadt Zürich durch den Regionalverkehr

Der Regierungsrat wird beauftragt zu berichten, wie und wann er die ausgewiesene überproportionale Belastung der Stadt Zürich durch den Regionalverkehr abbauen wird. Diese Regelung hat schnellstmöglich und in Ergänzung zur Sonderlastenabgeltung zu erfolgen.

Peter Stirnemann
Hartmuth Attenhofer
Dorothee Jaun

Begründung:

Im Bericht über die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich kommt die Arbeitsgemeinschaft Infras-Nabholz zum Schluss, dass die Stadt Zürich durch den Regionalverkehr überproportional belastet und damit benachteiligt wird. Der «Überhang nach quantitativer Analyse» wird in der Studie (Seite 56) mit 54 Millionen Franken beziffert. Gleichwohl schlägt die Arbeitsgemeinschaft vor, diese Belastung nicht im Rahmen der Abgeltung der Sonderlasten zu regeln. Sie empfiehlt jedoch eine nicht näher spezifizierte «Neuregelung des Beitrags der Stadt Zürich an den ZVV».

Eine Neuregelung ist dringend. Die überproportionale Belastung der Stadt Zürich durch den ZVV ist Folge der geltenden Kostenverteilerverordnung gemäss Personenverkehrsgesetz. An eine partielle Änderung der Verordnung ist jedoch nicht zu denken, da das Kostenverteilerprinzip so gefährdet würde.